

Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten in der Stadt Karlsruhe:

# Kommunale Europaarbeit im Lichte politischer Veränderung

Die Mitglieder des Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) kamen am 21. und 22. November 2019 in der Stadt Karlsruhe zusammen. Nach der Europawahl im Mai 2019 stand bei der Sitzung die Frage im Mittelpunkt, was die politischen Veränderungen auf europäischer Ebene für die kommunale Europaarbeit bedeuten.

Ein Beitrag von  
Mascha Gerwin



Foto: RGRE / Mascha Gerwin

Die Mitglieder des Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten besuchten im Anschluss an ihre Sitzung die Ausstellung zur Geschichte des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe

Seit dem letzten Treffen der **EU- sowie Förderreferentinnen und -referenten** im März des vergangenen Jahres ist viel passiert in Europa: Im Mai 2019 wählten die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ein neues Europäisches Parlament; dabei ging die Mehrheit der „großen Koalition“ verloren, die Fraktion der Grünen gewann Sitze und es entstand die neue Fraktion „Europa erneuern“ (Renew Europe). Ursula von der Leyen wurde entgegen dem Spitzenkandidatenmodell neue Kommissionspräsidentin und hat ihre politischen Leitlinien und ihr neues Team vorgestellt. Großbritannien beschloss Neuwahlen, um klare Verhältnisse für den Austritt aus der Europäischen Union zu schaffen. Der Brexit rückt immer näher und die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 steht vor der Tür. Dies alles bot ausreichend Gesprächsstoff für die etwa 45 Teilnehmenden der Sitzung.

## Neues Parlament, neue Kommission und der Brexit

Andreas Christ vom Team Europe, dem Rednerdienst der Europäischen Kommission, brachte die Arbeitskreismitglieder auf den neuesten Stand der Entwicklungen in Brüssel. Dazu gab er zunächst einen Überblick über die Ergebnisse der Europawahl und stellte außerdem die Prioritäten der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor. Dazu gehört der Europäische Grüne Deal. Er soll einen signifikanten Beitrag zum internationalen Klimaschutz leisten und Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen.

Unter dem Motto „Eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht“ will sich die Europäische Kommission darüber hinaus verstärkt für soziale Gerechtigkeit und Wohlstand einsetzen. Außerdem soll Europa

### Zur Autorin:

**Mascha Gerwin** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).



Foto: RGRE / Mascha Gerwin

**Rund 45 EU- und Förderreferentinnen und -referenten aus den Mitgliedskommunen der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas kamen im November 2019 in Karlsruhe zusammen**

für das digitale Zeitalter gerüstet werden und seine Werte sowie die Bürgerinnen und Bürger schützen. Ursula von der Leyen formuliert dies so: „Schützen, was Europa ausmacht“. Schließlich fordert die neue Kommissionspräsidentin „Ein stärkeres Europa in der Welt“ und neuen „Schwung für die Demokratie in Europa“. Dazu möchte sie zum Beispiel ein Initiativrecht für das Europäische Parlament einführen und eine Verbesserung des Spitzenkandidatensystems in der geplanten Konferenz zur Zukunft Europas diskutieren lassen.

Christ berichtete auch über die Auswirkungen des Brexit, die jetzt schon zu spüren seien. Mit Blick auf den EU-Austritt habe das Vereinigte Königreich keinen Kandidaten für die neue Kommission benannt und die Verhandlungen zu finanziellen Themen wie dem EU-Haushalt 2020 und dem neuen Mehrjährigen Finanzrahmen gerieten auf den EU-Gipfeln in den Hintergrund. Auch gebe es kein neues „Dekadenprogramm“, das längerfristige Ziele und Erwartungen an Europa zusammenfasst.

## Novelle der Leipzig Charta

Einen detaillierten Blick auf das Thema nachhaltige Stadtentwicklung bot Jonas Scholze vom Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung. Er gab Einblicke in die Novellierung der Leipzig Charta, die im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 verabschiedet werden soll. Zu den wichtigsten Themen dieser Neufassung gehören der Klimawandel sowie Migration, Mobilität und Digitalisierung. Ziel sei es, die Werte der europäischen Stadt wie etwa das polyzentrische urbane System und demokratische Rechte zu bewahren und das Konzept einer Stadt „von unten“ zu unterstützen.

## Aktuelles aus den Verbänden

Dr. Angelika Poth-Mögele vom RGRE-Dachverband „Council of European Muni-

cipalities and Regions“ (CEMR) und Friederike Pischnick vom Europabüro des Deutschen Städtetages berichteten über aktuelle Entwicklungen in ihren jeweiligen Verbänden. Der CEMR möchte seine Arbeit zum Beispiel zukünftig an den globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen ausrichten.

Auch die konkrete Ausgestaltung der Interessensvertretung der kommunalen Spitzenverbände in Brüssel wird sich verändern, da es im Europäischen Parlament nun keine Mehrheit mehr für die beiden Volksparteien – Europäische Volkspartei (EVP) und Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) – gibt. Daher werden die einzelnen Fraktionen zukünftig wohl eine deutlich größere Rolle spielen.

Im CEMR, im RGRE und im Deutschen Städtetag wird aktuell zudem die von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigte Konferenz zur Zukunft Europas diskutiert und eine Beteiligung der Kommunen gefordert.

## Thematische als neues Format

Nicht nur in Brüssel und Straßburg, auch im Arbeitskreis gibt es eine Neuerung. Um die Netzwerkarbeit untereinander zu intensivieren, hatten Mitglieder des Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten für den zweiten Sitzungstag verschiedene Thematische vorbereitet. Nachdem bereits zu Sitzungsbeginn die Europaarbeit und internationalen Aktivitäten der Stadt Karlsruhe vorgestellt worden waren, diskutierten die Teilnehmenden an den Thematischen lebhaft zur Zukunft der Städtepartnerschaften, über kommunales Fördermittelmanagement und gute Beispiele kommunaler Europaarbeit.

Martin Hückeler, Europabeauftragter der Stadt Solingen, tauschte sich mit Kolleginnen und Kollegen seines Thematischen darüber aus, was ein kommunales Fördermittelmanagement ausmacht. Regina Hartig, Leiterin des Bereichs Europa und Internationales



Foto: RGRE / Mascha Gerwin

**Friederike Pischnick berichtete über Aktuelles aus dem Europabüro des Deutschen Städtetags**

der Stadt Karlsruhe, und Maria Doz, Projektmanagerin im Büro für EU-Angelegenheiten und Internationales der Stadt Mannheim, stellten gemeinsam mit den Teilnehmenden Best-Practice-Beispiele der kommunalen Europaarbeit zusammen. Genannt wurde unter anderem ein EU-Azubi-Gipfel inklusive einer Fahrt nach Straßburg, bei dem sich Auszubildende im Rahmen eines Planspiels mit dem europäischen Gesetzgebungsverfahren auseinandersetzen. Die Stadt Saarbrücken veranstaltet grenzüberschreitende Bürgerdialoge mit Podiumsdiskussionen, Info-tischen und partizipativen Kunstprojekten. Außerdem gibt es in vielen Kommunen Fortbildungen, Delegationsfahrten und Informationen zu EU-Fördermitteln.

Unter dem Motto „Städtepartnerschaften – fit für die Zukunft?!“ überlegten die Arbeitskreismitglieder unter Leitung von Anna-Lena Beilschmidt, Europabeauftragte der Stadt Karlsruhe, an einem dritten Thementisch, wie man kommunale Partnerschaften auch in Zukunft attraktiv und nachhaltig gestalten kann. Dabei lag ein besonderer Fokus auf jungen Leuten wie Schülerinnen und Schülern, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Auszubildenden. Auch die Einbindung verschiedener Bereiche der Stadtverwaltung wie der Kultur- und Kreativwirtschaft und der Stadtentwicklung wurde thematisiert. Diese Gelegenheit zum informellen Austausch und zur Vernetzung untereinander wurde von den Mitgliedern des Arbeitskreises rege und gerne genutzt.

### **Führung im Bundesverfassungsgericht**

Als Gastgeberin der Sitzung hatte die Stadt Karlsruhe eine Führung im Bundesverfassungsgericht organisiert. Der Leiter der Justizverwaltung, Ministerialrat Volker

Batzke, stellte die Arbeitsweise der höchsten deutschen Richterinnen und Richter vor und zeigte den Besucherinnen und Besuchern eine kleine Ausstellung über die Geschichte des Verfassungsgerichts.

Zum Abschluss besichtigte die Gruppe den Plenarsaal. Dort sitzen alle Anwesenden nahezu auf Augenhöhe mit den Richterinnen und Richtern und können auf diese Weise Verhandlungen hautnah mitverfolgen. Die



Foto: RGRE / Mascha Gerwin

**Martin Hückeler übernahm die Betreuung des Thementisches „Kommunales Fördermittel-Management“**

Räumlichkeiten des Gerichts wirken sehr offen und funktional und vermitteln das Bild einer Justiz im Dienste der Bürgerinnen und Bürger, die großen Wert auf Transparenz und Gleichberechtigung legt.

Nach dem Ende der Sitzung nutzten viele der Teilnehmenden auch den abschließenden Mittagsimbiss, um Themen weiter zu diskutieren, den Austausch untereinander fortzusetzen und mit Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Kommunen ins Gespräch zu kommen. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises der EU- und Förderreferentinnen und -referenten soll diese Vernetzungsarbeit fortsetzen. Sie findet auf Einladung der Stadt Saarbrücken am 12. und 13. März 2020 in der saarländischen Landeshauptstadt statt. ■

### **Infos**

**Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten in der Deutschen Sektion des RGRE:**

📄 <https://www.rgre.de/foerderung/ak-eu-und-foerderreferenten/>